Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Nachfolge eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr-Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 332. Freitag den 28. November 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,
die Volkszählung betreffend.

Am 1. December dieses Jahres findet eine **Volkszählung** im Deutschen Reiche statt.

Wie frühere Volkszählungen wird auch diese im Wesentlichen mit Hilfe **freiwilliger Zähler** aus allen Ständen der hiesigen Einwohner bewirkt werden. Diese Zähler sind zu vorschriftsmäßiger und gewissenhafter Wahrnehmung ihres Amtes verpflichtet und durch den Besitz der von unserem statistischen Amte ausgegebenen, mit dem Namen des Zählers versehenen Formularmappen legitimirt.

Die Zähler werden in der Zeit vom 29. bis 30. November d. J. jeder Haushaltung und jeder allein lebenden, nicht an einer anderen Haushaltung Theil nehmenden selbstständigen Person eine **Haushaltungsliste A** aushändigen.

Jeder Haushaltungsvorstand, welcher am 30. November Abends noch nicht in den Besitz der nöthigen Formulare gelangt sein sollte, hat bei Vermeidung einer Geldstrafe von 5 ℳ am 1. December d. J., Vormittags vor 12 Uhr, Formulare in unserem statistischen Amte (Kupfergäßchen 1, II.), oder in den Filialen desselben in

Leipzig-Reudnitz, Clarastraße 33,
Leipzig-Gohlis, Kirchplatz,
Plagwitz im Gemeindeamt,
Connewitz im Gemeindeamt,

welchen wir die Ausführung der Zählung übertragen haben, abzuholen. Die Zählbogen sind nach Maßgabe der auf denselben ersichtlichen Anleitung auszufüllen, durch Unterschrift auf der vierten Seite zu bescheinigen und vom 1. December Mittags 12 Uhr an zum Abholen bereit zu halten.

Sollten dieselben bis 2. December Abends nicht abgeholt worden sein, so sind dieselben bei Vermeidung der oben angedrohten Strafe am 3. December an das statistische Amt zu senden.

Bei der großen Wichtigkeit, welche die Volkszählung für die Gemeinde, für das Land und für das Reich haben, rechnen wir darauf, daß alle Einwohner unserer Stadt die erforderlichen **Angaben vollständig** und **gewissenhaft** machen und auch den **Zählern**, welche als Organ der Behörde anzusehen sind, das im öffentlichen Interesse übernommene **Ehrenamt** möglichst **erleichtern** werden.

Leipzig, den 25. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

St. A. 1656/90. Dr. Georgi. Dr. Hasse.

Bekanntmachung.

Bereits in der s. Zt. für Leipzig erlassenen Feuerlöschordnung ist die Benutzung der Dachböden zum Aufbewahren von Asche verboten, es ist dieses Verbot auch später wiederholt worden.

Ferner ist durch §. 69 der Baupolizeiordnung für Städte vom 27. Februar 1869 bestimmt worden, daß für jedes mit Feuerungen versehene Gebäude zur Aufbewahrung der Asche an einem dazu geeigneten Orte ein feuersicheres bedecktes Behältniß vorhanden sein, oder dazu ein gewölbter Raum mit feuersicherem Boden benutzt werden müsse. Es hat sich aber neuerdings gezeigt, daß diesen Vorschriften nicht allenthalben nachgegangen worden ist.

Es wird daher das Verbot des Ausschüttens und Aufbewahrens von Asche auf Dachböden hierdurch wiederholt in Erinnerung gebracht und erneut ausgesprochen.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark geahndet. Zugleich werden die Bekanntmachungen vom 2. Juli 1875 und vom 21. November 1876, durch welche den Hausbesitzern und deren Stellvertretern bei Vermeidung von Geldstrafe bis zu 60 Mark aufgegeben worden ist, für gehörige und rechtzeitige Beseitigung des auf den Dachböden eindringenden Rußes Sorge zu tragen, auch namentlich darauf zu halten, daß die Dachbodenfenster wie die Aussteigeöffnungen gehörig verschlossen gehalten werden, nochmals eingeschärft und wird im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. Mai 1886 insbesondere den Schornsteinfegern wiederholt ihre Verpflichtung, die Hausbesitzer und Grundstücksverwalter von Rußansammlungen auf den Böden schleunigst in Kenntniß zu setzen und Anzeige zu erstatten, wenn der Aufforderung nicht genügt worden ist, in Erinnerung gebracht.

Leipzig, am 18. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

X. 6999. Dr. Georgi. Wolfr.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Rathsdiener

Richard Bernhard **Walter**,
Robert Emil **Seifert** und
Friedrich Hermann **Lehnicker**

heute als städtische Hilfsvollstreckungsbeamte eingestellt und in Pflicht genommen worden sind.

Leipzig, am 27. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Id 13932. Dr. Georgi. Hübschmann.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

Sonnabend, den 29. November 1890, Nachmittags 6 Uhr in deren Sitzungssaale, Neue Börse, Tr. A, I.

Tagesordnung:

1. Registrande.
2. Bericht des Handelsgesetzgebungs-Ausschusses über a) die Handelstags-Vorlage, die **Abänderung der Gewerbe-Ordnung** betr.; b) die Eingabe des Herrn Ed. Victor **Sperling**, die obligatorische Einführung **kaufmännischer Schiedsgerichte** betr.
3. Bericht des Zoll- und Steuer-Ausschusses über die von dem Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft zu **Königsberg i. Pr.** mitgetheilte Vorstellung, die **ungünstigere Zollbehandlung Rußlands** betr.
4. Bericht über die von der Handelskammer zu **Münster** mitgetheilte Eingabe, die Steuerfreiheit bez. **Nachversteuerung von Branntwein in Heilmitteln** betr.

Hierauf nicht-öffentliche Sitzung.

Das Ergebniß der italienischen Wahlen.

Die Wahlen für das italienische Abgeordnetenhaus zeigen, daß Crispi augenblicklich wieder die Mehrheit der italienischen Wähler hinter sich hat, was noch vor etwa zwei Monaten nicht mit voller Sicherheit behauptet werden konnte. Die Italiener befinden sich noch auf einer politischen Entwickelungsstufe, welche eine feste Parteibildung unmöglich macht. Sie sind von Stimmungen, von den Einwirkungen des Augenblicks abhängig, an einem Tage schwärmen sie für einen Gedanken, den sie unmittelbar darauf als unrichtig verwerfen, sie schwanken zwischen Begeisterung und Unzufriedenheit hin und her, bald erscheint ihnen die Republik der Monarchie vorzuziehen, bald umgekehrt. So ist es denn auch nicht zu verwundern, wenn der ehemalige Minister Bonghi die neue Mehrheit einen verworrenen, unorganisirten Haufen nennt, dessen Abfall von Crispi nur eine Frage der Zeit sei. Die „Opinione", bisher ein ausgesprochen der Regierung ergebenes Blatt, verlangt die Aufnahme conservativer Elemente in das Cabinet, andernfalls kündigt sie an, daß die Mehrheit zur Opposition übergehen werde.

Ein Blick auf die Entwickelung Italiens während der letzten 20 Jahre zeigt ein fortwährendes Schwanken der Mehrheit, irgendwie klar hervortretende Parteien mit bestimmten politischen Grundsätzen giebt es nicht; erst in den letzten Jahren ist die französische Partei schärfer hervorgetreten und die Wiederbelebung des Irredentismus hat zugleich die Republikaner zur Kundgebung ihrer verschwommenen Wünsche veranlaßt. Als der eigentliche Grundgedanke aller Gegner der Regierung hat sich aber die Unzufriedenheit mit der finanzlage des Staates herausgestellt, und deshalb kann Crispi nur dann auf eine feste Mehrheit rechnen, wenn es ihm gelingt, die finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Hauptquelle aller Opposition wurde längere Zeit verdeckt durch die Ereignisse in Afrika, welche sich an die Besetzung von Massauah schlossen. Das Mißgeschick bei Dogali lenkte die Aufmerksamkeit von den inneren Schäden ab und vereinigte alle Kräfte der Opposition in der Gegnerschaft gegen die Colonialpolitik der Regierung. Darin rief die Niederlage und der Tod des Negus Johannes von Abessinien einen vollständigen Umschwung hervor; König Menelek von Schoa, der Freund und Verbündete Italiens, wurde der Nachfolger des Negus und gelangte nicht ohne die Hilfe Italiens nach Araua.

Der Rückschlag auf die inneren Verhältnisse Italiens machte sich sofort bemerkbar; die Friedensfreunde führten das große Wort und die Irredentisten traten wieder mit ihren Bestrebungen hervor. Es war, als ob der unerwartete Erfolg Italiens in Afrika die Lust zu einer abenteuerlichen Politik auch in Europa entfesselt hätte. Es begann ein wüstes Treiben gegen den Dreibund, und es wurde als ein verdienstliches Werk angesehen, Italien mit Oesterreich zu entzweien wegen Triests und Triens! Die ganze Bewegung, welche sich im Laufe von noch nicht zwei Jahren in Italien entwickelt hat, ist so toll, so unbegreiflich, daß man sie für die Erfindung irgend eines excentrischen Kopfes halten müßte, wenn wir sie nicht mit eigenen Augen entstehen gesehen und ihren Verlauf beobachtet hätten. Noch am 20. September, dem Jahrestage der Besetzung Roms, hielt Menotti Garibaldi an der Porta Pia zur Feier des Tages eine officielle Festrede, welche mit einem Hoch auf den Märtyrer der italienischen Einheit und Freiheit, Oberdank, endete.

Das war geschehen, nachdem die italienischen Schützen in Berlin mit den deutschen, österreichischen und ungarischen Schützen im Juli eine Art von Verbrüderungsfest gefeiert hatten, dessen Tendenz eine Huldigung für den Dreibund war. Wer erinnern ferner an den begeisterten Empfang, welchen Kaiser Wilhelm bei seiner Anwesenheit in Rom und Neapel gefunden hat, wie König Humbert bei seinem Gegenbesuch in Berlin gefeiert worden ist, und trotzdem war es möglich, daß Italien kurz darauf der Schauplatz von Huldigungen für Frankreich und von Kundgebungen für ein italienisch-französisches Bündniß war, daß gleichzeitig die Irredentisten an dem Bündniß mit Oesterreich rüttelten und daß es fast den Anschein gewann, als hielt die Regierung die Zügel nicht mehr fest in der Hand.

Dann kam der 8. October, welcher die große Rede Crispi's in Florenz brachte, und plötzlich schien die Lage in ihr Gegentheil verwandelt. Wenn der Uebergang von einem Extrem ins andere überhaupt kein Zeichen eines gesunden Zustandes ist, so mußte diese Wirkung unter den bestehenden Verhältnissen in Italien besonders bedenklich erscheinen, weil sie nicht als dauernd angesehen werden kann, sondern nur als eine neue Phase des seit lange Zeit in Italien beobachteten Schwankens der öffentlichen Meinung. Die Strömung, welche Crispi und dem Dreibund günstig ist, überwiegt wieder zeitweise, weil energische Anstrengungen gemacht worden sind, um dieses Ziel zu erreichen, aber ein wirklicher Umschwung in der öffentlichen Meinung ist dadurch nicht erreicht.

Crispi hatte dann eine Zusammenkunft mit dem deutschen Reichskanzler in Mailand, und die Anwesenheit dieses Staatsmannes in Italien verfehlte die augenblickliche Wirkung nicht. Er wurde überall mit der ihm gebührenden Achtung begrüßt, wo er sich zeigte, und bei seiner Abreise ertönten sogar Hochrufe, aber die italienischen politischen Zustände haben dadurch keine durchgreifende Aenderung erfahren, ebenso wenig wie durch die Banketreden Crispi's in Palermo und Turin. Die augenblickliche Stimmung ist dadurch wohl beeinflußt worden, die Radicalen und sonstigen Gegner der Regierung äußern sich weniger laut, aber in der Hauptsache ist Alles beim Alten geblieben. Wenn es schon dahin gekommen ist, daß die „Opinione" Bedingungen stellt für das fernere Zusammengehen mit der Regierung, wenn sie schon jetzt mit dem Uebergang in das gegnerische Lager droht, dann muß man sich zu der Ansicht bekennen, daß die Bedeutung des italienischen Wahlergebnisses bisher weit überschätzt worden ist.

Die Mehrheit ist nicht eine solche, wie wir sie nach dem Wahlergebniß bei uns in Deutschland haben würden, sondern nur eine bedingte. Crispi wird seine Geschicklichkeit zu beweisen haben in der Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten und in der Zufriedenstellung des Strebens der Regierungspartei nach Machterweiterung. Außerdem hat er mit den seltsamsten Abnormitäten zu kämpfen. Er soll die Franzosenfreunde befriedigen, er soll den Dreibund aufrecht erhalten, aber andererseits gegen Oesterreich kühle Zurückhaltung beobachten, wie die Haltung Nicotera's bei den Wahlen zeigt; er soll endlich die socialen Verhältnisse in der Romagna und auf Sicilien verbessern und trotzdem politische Freiheit in ausgedehntestem Maße gewähren. Wenn an einen noch so tüchtigen Staatsmann so viele unerfüllbare Anforderungen zu gleicher Zeit gestellt werden, dann kann es nicht überraschen, daß seine Thaten hinter seinen Worten zurückbleiben, und das wird unzweifelhaft geschehen.

Unter solchen Umständen klingt es wie Hohn, wenn das „Journal des Débats" schreibt: Crispi wisse, daß die Geschicke Italiens in seiner Hand ruhen, solche Verantwortlichkeit sei wohl geeignet, mäßigend zu wirken. Die französische Regierung habe noch größere Wahlsiege errungen, aber dieser Sieg sei das Signal zur innern und äußern Beruhigung gewesen. Warum sollte dasselbe nicht in Italien der Fall sein? Ja, wenn man diese Worte als baare Münze nehmen könnte!

Leipzig, 28. November.

* In der gestern mitgetheilten Vorlage über die Vereinigung von Helgoland mit dem Deutschen Reich ist jede Bezugnahme auf den deutsch-englischen Vertrag vom 1. Juli 1890, von dem diese Erwerbung ein Bestandtheil ist, vermieden. Nur in der „Begründung" ist ein kurzer Hinweis darauf enthalten. In der Anlage ist auch nur der auf Helgoland bezügliche Artikel XII jenes Vertrages abgedruckt. Es ist auch nicht anzunehmen, daß der Reichstag Neigung hat, bei dieser Gelegenheit auf die andern Bestandtheile des Abkommens mit England, die gewissermaßen den Kaufpreis für Helgoland bildeten, näher einzugehen und eine große colonialpolitische Debatte hervorzurufen. Eine solche wird wohl erst bei der Etatsberathung zu erwarten sein. Viel praktischen Erfolg kann freilich auch hier eine Kritik des deutsch-englischen Vertrages nicht mehr haben.

* Zur Finanzlage des Reichs wird officiös geschrieben: Für die Beurtheilung der Finanzlage, wie sie an der Hand des vorliegenden Reichshaushaltsetats sich darstellt, sind die wichtigsten Zahlen diejenigen, welche sich auf das finanzielle Verhältniß des Reichs zu den Bundesstaaten beziehen. Die Ueberweisungen steigen danach von dem Etatsbetrag für 1890/91 mit 298,5 Millionen auf 331,4 Millionen Mark, also um nahezu 33 Millionen Mark. Das Gros dieser Summe stellen die Zölle mit einem Mehr von 29 Millionen Mark gegen das Vorjahr. Aber auch die Matricularumlagen zeigen eine erhebliche Vermehrung. Sie sind um etwa 20,5 Millionen höher ausgebracht als im laufenden Etat, obwohl für 1891/92 ein Ueberschuß von 2½ Millionen Mark zur Verfügung steht. Für die Beurtheilung der Frage, ob dieser hohe Stand der Matricularumlagen ein dauernder sein wird oder vorübergehender Natur ist, kommt in Betracht, daß die dauernden Ausgaben um rund 48 Millionen Mark höher veranschlagt sind als für das laufende Jahr. Für Preußen stellen sich die Ueberweisungen auf 200 Millionen, also um 20 Millionen höher als im laufenden Jahre. Die Matricularumlagen betragen über 188 Millionen Mark gegenüber 176 Millionen im laufenden Jahre. Alles in Allem erscheint also das Verhältniß Preußens zum Reich um etwa 40 Mark gebessert. Es ist dabei aber nicht außer Acht zu lassen, daß die Bevölkerung des preußischen Etats für das laufende Jahr auf 180 Millionen Ueberschüsse und nur 155 Millionen Matricularumlagen, also auf ein Plus aus dem Reiche von 25 Mill. gerechnet ist. Für den Mehrbetrag der Matricularumlagen von über 21 Millionen Mark, welcher eine Folge des Nachtragsetats ist, fehlt es an Deckung. Trotz jener Besserung von 8 Millionen wird Preußen daher noch immer um 13 Millionen weniger bekommen, als im laufenden Etat an ungedeckten Matricularumlagen vorhanden ist, und im nächsten Jahr aus eigenen Mitteln den gleichen Betrag zu diesem Zwecke flüssig machen müssen. Auch die Daten des Reichsetats unterstützen sehr nachdrücklich die Mittheilung des Finanzministers, daß bei der Etatsaufstellung für 1891/92 die größte Sparsamkeit geboten ist.

* Staatsminister Frhr. v. Lucius hat Berlin verlassen, um seinen dauernden Aufenthalt in Klein-Ballhausen bei Erfurt zu nehmen. Einem am 28. in Weißensee stattfindenden Kreistage, dessen Mitglied er ist, beabsichtigt er beizuwohnen.

* Wie die „Köln. Volksztg." mittheilt, wird in den nächsten Tagen ein Aufruf zur Gründung eines Volksvereins für das katholische Deutschland erscheinen, welcher auf breitester Grundlage die Vertheidigung der christlichen Gesellschaftsordnung, namentlich gegenüber den socialdemokratischen Angriffen führen soll.

* Demokraten und Deutschfreisinnige sind, wie dies bekanntlich wiederholt in den beiderseitigen Organen betont worden ist und wie sich das auch bei den letzten Reichstags- und den darauf folgenden Ersatzwahlen unwiderleglich gezeigt hat, in ihren Zielen im Wesentlichen identische Parteien. Wenn daher die demokratisch-jüdische „Frankfurter Zeitung" jetzt offen die Religionsfeindschaft proclamirt, so werden die deutschfreisinnigen Organe, wenigstens soweit sie „Wasserstiefler", d. h. ehrliche Demokraten, sind, den Ausführungen des genannten Blattes zu widersprechen nicht im Stande sein. Das Frankfurter Organ enthält nämlich folgende Auslassung, die man nur mit der größten Entrüstung lesen wird:

„Unsere Literatur für die Jugend ist — mit sehr seltenen Ausnahmen — noch immer (!) mit religiösen Anschauungen, Lehren und Redensarten im Stile alter Predigtbücher und Postillen durchsetzt. Eltern, die bei der Erziehung ihrer Kinder die Religion, gleichviel, welchen besonderen Namen sie trage, entbehren (!) können, vermögen ihren Grundsätzen entsprechende Jugendschriften kaum aufzufinden: etwas (!) Religion müssen sie beinahe immer in Kauf nehmen. Mit der Religiosität geht eine gewisse politisch-sociale Anschauung und Gesinnung Hand in Hand. In unserer Zeit tritt das Bestreben meist recht aufdringlich hervor, schon den Kindern die Glaubenssätze der Parteien beizubringen. In diesem Sinne ist ein großer Theil unserer Jugendschriften so religiös und „patriotisch" gefärbt, daß wir genöthigt sind, diese Eigenschaft besonders hervorzuheben; damit hoffen wir allen Eltern einen Dienst zu erweisen . . ."

Gegenwärtig bemühen sich nun die Deutschfreisinnigen im Reichstagswahlkreise Schlochau-Flatow für ihren Candidaten Stimmung zu machen und die frommgläubigen Polen und die deutschen Centrumsmitglieder zu sich hinüberzuziehen. Es wird von Interesse sein, festgestellt zu sehen, ob thatsächlich die genannten Parteimitglieder das „Anticartell" über die Religion stellen und durch die Wahl des deutsch-freisinnigen Candidaten die Reihen der Anstürmer gegen Christenthum und Religion verstärken werden.

* Der Großherzog von Hessen eröffnete am Mittwoch zu Darmstadt den Landtag mit einer Thronrede. Dieselbe gedenkt in der Einleitung des siebzigjährigen Bestehens der Verfassung und bezeichnet sodann als nächste Aufgabe des Landtags die Feststellung des Etats für die Etatsperiode 1891/94. Die erhöhten Matricularbeiträge, welche das Reich von den Bundesstaaten fordere, sowie die stets wachsenden Ansprüche der Landesverwaltung hätten es nicht leicht gemacht, das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben ohne Erhöhung des Steuerfußes herzustellen. Unter Verzichtleistung auf die Erfüllung mancher weitergehenden Wünsche, Dank den zu erwartenden höheren Ueberweisungen des Reichs an die Bundesstaaten und Dank den steigenden Erträgnissen der Domainen und directen Steuern, sei es dennoch gelungen, sowohl eine nothwendige Vermehrung der Stellen, als auch die Erhöhung der Gehälter verschiedener Kategorien geringer besoldeter Beamten vorzusehen, ebenso wesentliche Erhöhungen der Beiträge an die evangelische und die katholische Kirche, für die Landes-Universität, für Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen, insbesondere auch für das Volksschulwesen, die Förderung der Landwirthschaft, des Gewerbewesens einschließlich des gewerblichen Unterrichts, für Unterhaltung der Staatsstraßen und Fluß-Dammbauten. Der Entwurf eines Gesetzes über Einführung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Beamten wird angekündigt; auch die in dem vorhergehenden Landtage nicht zur Berathung gelangten Entwürfe von Gesetzen wegen Organisation des Forstschutzes, Ersatz des Wildschadens, Ausübung der Gemeindejagden, Abänderung des Jagdstrafgesetzes werden wiederholt zur geschäftsmäßigen Behandlung dem Landtage zugehen. Die Thronrede giebt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Vorarbeiten für eine wünschenswerthe Revision der Verwaltungsgesetze bald zum Abschluß gelangen werden und daß es möglich sein werde, im Laufe dieser Landtagsperiode eine entsprechende Vorlage zu machen.

* * *

* Das Wiener „Fremdenblatt" erblickt in dem Ergebnisse der italienischen Wahlen einen Beweis von der außerordentlichen Uebermacht, welche die Idee einer gemäßigten, friedliebenden, klaren und zielbewußten Politik in der italienischen Wählerschaft besitzt. Crispi sei jetzt der Vertrauensmann des Königs und der Nation. Die Niederlage der Radicalen sei für Italien ein Glück und eine Ehre. Die Wahlen bedeuteten, daß Italien einig sei über die Grundzüge seiner Politik nach Außen und nach Innen.

* Wie aus Luxemburg gemeldet wird, ist in Folge der mit dem Tode des Königs von Holland eingetretenen Auflösung der Personal-Union zwischen diesem Staate und dem Großherzogthume Luxemburg die Errichtung selbstständiger diplomatischer Vertretungen der europäischen Staaten in Luxemburg zu erwarten. Zunächst dürfte dies seitens jener Staaten geschehen, bei denen schon bisher luxemburgische Vertreter beglaubigt waren, nämlich England, Deutschland und Frankreich, den seinerzeitigen Hauptinteressenten in der luxemburgischen Frage. Es gelte als wahrscheinlich, daß die Regierungen der genannten Mächte, deren Vertreter bisher am Haager Hofe gleichzeitig auch bei dem König der Niederlande in dessen Eigenschaft als Großherzog von Luxemburg accreditirt waren, an den Hof des nunmehrigen Großherzogs Adolf Ministerresidenten entsenden werden.

* Die Königin-Mutter Emma wird den Eid als Regentin und als Vormünderin der Königin Wilhelmine am 5. December, dem Tage nach der Beisetzung der Leiche des Königs, leisten. (Wiederholt.)

* Aus Paris wird der „Weserischen Zeitung" geschrieben: Bis vor wenigen Monaten grübelten Verherjagungen über die furchtbaren Ereignisse, welche der Tod des Königs von Holland entfesseln werde, zu den stehenden Artikeln der französischen Presse. Es galt ihr für ausgemacht, daß Deutschland nur das Verschwinden des Königs Wilhelm III. abwarte, um über Holland herzufallen und es sich anzueignen. Daß weder England, noch Frankreich, von Rußland ganz abgesehen, eine derartige Gewaltthat würden dulden können, lag auf der Hand, folglich war der Weltkrieg unvermeidlich, wenn der alte König die Augen für immer schloß. Seit einiger Zeit waren diese Unkenrufe verstummt, und sie werden auch jetzt nicht laut, da das früher so sehr gefürchtete Ereigniß eingetreten ist. Aber wenn die Pariser Blätter nicht mehr fürchten, daß in den nächsten Tagen deutsche Truppen in Holland einrücken werden, so zeigen sie sich dafür wegen des Schicksals von Luxemburg besorgt. Der neue Großherzog flößt ihnen kein großes Vertrauen ein. Er ist ihnen zu sehr deutscher Fürst. Zwar haben ihm die Preußens sein Land genommen und das spräche eigentlich für ihn. Er hat aber die Vortheile dieses Mißgeschicks verscherzt, da er sich mit Preußen ausgesöhnt und mit dem Verluste seiner Stammlande abgefunden hat. Man nimmt hier an der strengen Beobachtung der Luxemburger Neutralität den eifrigsten Antheil. Unter „Neutralität" versteht man aber die Herrschaft der französischen Sprache und des französischen geistigen Einflusses und man möchte es als eine Verletzung dieser „Neutralität" ansehen, wenn ein deutscher Großherzog auf dem Throne der deutschen Bildung und Gesittung den Platz sichert, der ihr in einem grunddeutschen Lande gebührt. Man geht übrigens weiter und unterstellt dem Großherzog Adolf die Absicht, die Einverleibung seines Landes in das Deutsche Reich anzustreben. Der Großherzog hat zur Zeit sicherlich etwas Anderes zu thun, als an eine Umgestaltung der europäischen Stellung und der staatsrechtlichen Beziehungen Luxemburgs zu denken. Die Blätter, welche durch jene angebliche Absicht in Unruhe versetzt werden und zu denen unter anderen auch der „Temps" gehört, können sich ihre Aufregung ersparen. Aber diese Aufregung verräth doch einen Zustand schwankenden Gleichgewichts bei der öffentlichen Meinung Frankreichs, der nicht sehr beruhigend ist.

* Cardinal Lavigerie erklärt in einem an einen französischen Katholiken gerichteten Schreiben unter Bezugnahme auf die Ansprache, die er am 12. d. M. an die Officiere des Mittelmeergeschwaders richtete, die Erfahrung der letzten Jahre habe bewiesen, daß die Republik die einzige für Frankreich mögliche Regierungsform sei. Die Monarchie habe sich mit dem Grafen von Chambord und dem Grafen von Paris, die alle Mittel für gut erklärten, selbst den Tod gegeben. Lavigerie führt schließlich mehrere Stellen aus päpstlichen Encycliken an, um zu beweisen, daß der Kirche jede Regierungsform gleich genehm sei, wenn sie nur nicht den Grundsätzen der Moral und des Glaubens zuwiderlaufe.

* Die „Riforma" bringt folgende Zusammenstellung des italienischen Wahlresultats: In sämmtlichen Wahlcollegien wurden gewählt 410 Ministerielle, 40 Mitglieder der constitutionellen Opposition, 37 Radicale, 9 Abgeordnete von unbestimmter Parteistellung. Hierzu kommen die doppel- oder mehrfachen Wahlen, welche auf Mitglieder der ministeriellen Mehrheit fielen, sowie die Stichwahlen, welche in Genua, Modena und Bergamo stattzufinden haben.

* Für Holland weht in England seit der Brüsseler Sclaverei-Abschaffungsconferenz kein sehr günstiger Wind, und daher lassen die Nachruf-Artikel für den verstorbenen König sehr viel an der sonst landesüblichen Gelegenheitswärme zu wünschen übrig, und das ist seitens eines Volkes, das seine protestantische Freiheit zum großen Theil einem Oranier, dem Statthalter der Niederlande, Wilhelm III., verdankt, ein sehr deutlicher Wink. Die „Daily News" setzt diesen Wink